

INDABA

Das SADOCC-Magazin für das Südliche Afrika

123/24

SÜDAFRIKA

Mühsamer
Regierungsstart

MOÇAMBIQUE, NAMIBIA

Wahlen

EXKLUSIV FÜR INDABA

William Kentridge
über Österreich

ARCHITEKTUR

Bauen für Transformation in Südafrika



SADOCC

Das Dokumentations- und Kooperationszentrum Südliches Afrika in Wien setzt sich für eine solidarische Außen-, Wirtschafts- und Entwicklungspolitik gegenüber den Ländern des Südlichen Afrika ein.

SADOCC

- » **Dokumentation und Bibliothek in
1040 Wien, Favoritenstraße 38/18/1
(Öffnungszeiten auf Anfrage)
Tel. 01/505 44 84
Fax 01/505 44 84-7
www.sadocc.at**
- » **das quartalsweise erscheinende Magazin INDABA**
- » **monatliche Veranstaltungen: »Forum Südliches Afrika«**
- » **Stadtspaziergänge »Afrikanisches Wien«**
- » **Nelson Mandela-Tag jeden 18. Juli**

Interessierte Einzelpersonen und Institutionen können SADOCC durch ihren Beitritt als unterstützende Mitglieder fördern. In der Mitgliedsgebühr von jährlich EUR 30,- (für Institutionen EUR 50,-) sind sämtliche Aussendungen und Einladungen enthalten.

Das Abonnement von INDABA kostet EUR 18,-.

Abos, Mitgliedsbeiträge und Spenden bitte auf unser Konto bei der BA-CA, IBAN AT57 1200 0006 1051 2006, BIC BKAUATWW.

Elfriede Pekny-Gesellschaft

Die *Elfriede Pekny-Gesellschaft zur Förderung von Southern African Studies* in Österreich (benannt nach der Ende 2004 verstorbenen SADOCC-Generalsekretärin) ist der wissenschaftliche Arm von SADOCC.

Letzte Buchveröffentlichungen: *Begegnung Südliches Afrika – Arbeit und Leben global gedacht*. Reader zum gleichnamigen Projekt (Segal Hussein), *Geschichte der Anti-Apartheid-Bewegung in Österreich* (Bernhard Bouzek).

Wir ersuchen um Spenden – diese können laut Bescheid des zuständigen Finanzamtes von der Steuer abgesetzt werden.

**Kto. Nr. 507 860 22463, BLZ 12000,
IBAN AT21 1200 0507 8602 2463,
BIC BKAUATWW**

3. Oktober: Start für Radio Indaba!

Es ist soweit: Am Donnerstag, dem 3. Oktober um 16 Uhr, wird die erste Ausgabe unseres neuen Radioprogramms „Radio Indaba“ bei Radio Orange 94.0 auf Sendung gehen.

Wir widmen uns schwerpunktmäßig den politischen Entwicklungen in Südafrika seit der historischen Wahl von Ende Mai. Außerdem werfen wir einen Blick auf die bevorstehende Wahl in Namibia und vergangene sowie kommende Veranstaltungen der SADOCC. Wir würden uns über reges Interesse freuen.

Für den Anfang planen wir für jeden zweiten Monat eine jeweils halbstündige Sendung an jedem ersten Donnerstag, d. h. nach dem 3. Oktober wieder am 5. Dezember. Unser Radiomacher ist Alexander Kupfer, südafrika- und radiointeressierte Mitarbeiter/innen sind herzlich willkommen!

	3	Südafrika nach den Wahlen
		Eine „Regierung der nationalen Einheit“. Von Christian Selz
Klimaschutzgesetz in Südafrika	4	
30 Jahre EU – SADC	9	
Namibia: Politik und Aktivismus	11	
	14	Vom Scheitern eines Modells
		Joe Hanlon und Kurt Greussing zu Moçambique
Venezuela – Moçambique	16	
	17	William Kentridge an SADOCC
		Was interessiert mich an Österreich und Europa?
	20	Post-Apartheid-Architektur
		Marlene Wagner über Bauen in Südafrika heute



IMPRESSUM: **Herausgeber und Medieninhaber (Verleger):** Dokumentations- und Kooperationszentrum Südliches Afrika (1040 Wien, Favoritenstraße 38/18/1). E-Mail: office@sadocc.at. URL: www.sadocc.at. **Druck:** Medienfabrik Wien. **Papier:** Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier. **Art Direction:** Sander Design (1060 Wien). **Layout:** Dechant Grafische Arbeiten. **Mitarbeiter/innen dieser Ausgabe:** Stefan Brocza, Joe Hanlon, Jasmin Jöchle, William Kentridge, Alexander Kupfer, Bronwyn Lace, orf.at, Lotte Rieder-Fraunlob, Walter Sauer, Christian Selz, Marlene Wagner. **Fotos:** ImPulsTanz Wien, Stella Olivier, Alois Pommer, Birgit Reiter, Walter Sauer, Nadia Tromp, Marlene Wagner, www. **Redaktionsschluß dieser Ausgabe:** 15. September 2024. **Konto:** BACA, IBAN AT 571200 0006 1051 2006, BIC BAWAATWW. Dem **Beirat** von SADOCC gehören an: Reginald Austin, Harare/London; Johann Gattringer; Ingeborg Grau; Helmuth Hartmeyer; Peter Jankowitsch; Peter Katjavivi, Windhoek; Horst Kleinschmidt, Kapstadt; Adalbert Krims; Kirsten Rütter; Godwin Schuster.

Zentrumsbündnis mit teils fragwürdigem Anhang

Nach dem Verlust seiner absoluten Mehrheit führt Südafrikas ANC eine Regierungskoalition aus insgesamt zehn Parteien an. Im Kern steht eine Zusammenarbeit mit der wirtschaftsliberalen DA. Die Partei des unter Korruptionsverdacht stehenden Ex-Präsidenten Zuma führt die Opposition an. Von Christian Selz (Kapstadt).

Etwa 64 Millionen Menschen leben in Südafrika. Exakt 16.290.760 von ihnen haben bei den Parlamentswahlen Ende Mai ihre Stimme abgegeben, wovon über 200.000 ungültig waren (INDABA 122/24). Das demokratische System Südafrikas wird also getragen von ziemlich genau einem Viertel der Bevölkerung. Der *African National Congress* (ANC), der als stärkste Kraft im Kapstädter Parlament trotz des erstmaligen Verlusts seiner absoluten Mehrheit noch immer die Regierung anführt, vereinte etwas weniger als 6,5 Millionen Stimmen auf sich, repräsentiert also jeden zehnten Menschen im Land. Gewiß, Minderjährige und Ausländer waren von der Abstimmung ausgeschlossen.

Dennoch, in einem Land, in dem eine demokratische Massenbewegung vor nur 30 Jahren überhaupt erst das Wahlrecht für die schwarze Mehrheitsbevölkerung erkämpft hat, sind die Zahlen absolut ernüchternd. Sie sind Indikator der tiefen Krise des parlamentarischen Systems Südafrikas, Ausdruck verlorener Glaubwürdigkeit und einer aus Sicht weiter Teile der Bevölkerung schlicht geschwundenen Relevanz der politischen Führung. In vielen armen Gemeinschaften kümmert es nur noch die wenigsten, wer ihre Misere leidlich verwaltet. Zu weit entfernt ist die Politik von den Menschen. Von Aufbruchstimmung unter der ersten Koalitionsregierung in der Geschichte Post-Apartheid-Südafri-

kas ist nichts zu spüren. Dabei haben das Wahlergebnis und seine Folgen durchaus auch Positives gezeigt. Der ANC hat seine Niederlage unmittelbar eingestanden. Dystopien von einer „Nacht der langen Messer“, von politischer Gewalt, Wahlbetrug oder ähnlichem, hatten in der Realität keinen Platz. Südafrika hat sich als solide Demokratie bewiesen.

Weniger erbaulich ist allerdings der Blick auf die Ursachen der Wahlniederlage des ANC. Denn die Partei wurde nicht aufgrund ihres Versagens in der Sozialpolitik, aufgrund verbreiteter Korruption oder wegen des Stagnierens der Wirtschaft abgewählt – sondern nahezu einzig und allein aufgrund des Wiedererstarkens des

Khayelitsha in Kapstadt: „...kümmert es nur noch die wenigsten, wer ihre Misere leidlich verwaltet“



in Südafrika

müssen. Das Gesetz sieht auch vor, daß der Umweltminister großen Treibhausgas emittierenden Unternehmen ein Kohlenstoffbudget zuweist, in dem eine Obergrenze für ihre Emissionen über einen bestimmten Zeitraum festgelegt ist.

Diese Zuteilungen seien zwar noch nicht bestimmt worden und das Gesetz sehe noch keine Straftat vor, wenn der Grenzwert überschritten würde, so Abdinor. Aber Emittenten, die ihr Budget überschritten, würden wahrscheinlich einen höheren Steuersatz zahlen müssen. *„Mit der Einführung verbindlicher Kohlenstoffbudgets erwarten wir von den großen Unternehmen erhebliche Emissionsreduzierungen“*, sagt auch Harald Winkler, Experte für Klimapolitik an der Universität Kapstadt. *„Transparenz in der jährlichen Berichtserstattung wird der Schlüssel sein“*, fügt er hinzu.

James Reeler, leitender Manager für Klimamaßnahmen beim *World Wide Fund for Nature South Africa*, begrüßte die Verabschiedung des Gesetzes, die nach fast zehnjährigen Diskussionen und sieben Jahre nach der Veröffentlichung des ersten Gesetzentwurfs – aber trotzdem noch früher als in Österreich (Anm. d. Red.) – zustande gekommen ist. *„In diesem Zeitraum hat Südafrika über vier Milliarden Tonnen Kohlendioxid ausgestoßen, und die Auswirkungen des Klimawandels auf das Leben und die Lebensgrundlagen der Menschen werden immer deutlicher. Die Bedeutung dieses Rahmengesetzes als Richtschnur für unsere Reaktion auf diese Krise kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden“*, sagte Reeler. *„Es bleibt noch viel zu tun, aber das Klimaschutzgesetz bietet dem Land – und all seinen Bürgern – einen wichtigen rechtlichen Rahmen, um die schädliche und ungerechte Zukunft, die ansonsten festgeschrieben war, zu überwinden und eine Vision für eine nachhaltige Entwicklung zu verwirklichen.“*

Der Gesetzentwurf ist das jüngste Anzeichen dafür, daß die neue südafrikanische Regierung in Sachen Klimawandel und erneuerbare Energien aggressiver vorgehen könnte als ihre Vorgänger. Der neue Energieminister hat versprochen, den Übergang zu erneuerbaren Energien zu beschleunigen, aber es sind nur wenige konkrete Pläne bekannt geworden. Auch die Finanzierungspläne zur Unterstützung des neuen Gesetzes sind unklar. Westliche Geber bieten Kredite in Milliardenhöhe an, um die Umstellung zu finanzieren, aber südafrikanische Beamte sagen, daß dies kaum an der Oberfläche der benötigten Mittel kratzt.

(Red.)

Die ANC-Führung um Präsident Cyril Ramaphosa und Generalsekretär Fikile Mbalula gab sich nach der Wahl bescheiden und geläutert. Man wolle nun auf die Wähler hören, so der Tenor, mit dem schließlich die Bildung einer Mehrparteienkoalition begründet wurde, die die Beteiligten als „Regierung der Nationalen Einheit“ (*Government of National Unity, GNU*) bezeichnen. In Südafrikas liberalen Leitmedien wird das zehnte Parteien umfassende Bündnis in aller Regel als Koalition der vernünftigen Kräfte der Mitte dargestellt, die das Land gestalten und voranbringen wollten – obwohl das GNU auch Formationen wie die PA oder die rechtsextreme Weißen-Partei *Freedom Front Plus (FF+)* einschließt. Mit in Regierungsverantwortung sind nun zudem die Zulu-Nationalisten von der *Inkatha Freedom Party (IFP)*, deren Milizen in den 1990er Jahren noch Massaker an ANC-Anhängern verübten, sowie die Kleinstparteien *United Democratic Movement (UDM)*, *Rise Mzansi*, *Al-Jama-ah*, *Pan Africanist Congress of Azania (PAC)* und *GOOD*, von denen keine mehr als drei Sitze hat.

Die Einschätzung, daß Südafrika nun von einer zentristischen Regierung geführt wird, ist dennoch nicht falsch. Denn im Wesentlichen ist das GNU eine verkappte Koalition des ANC mit der wirtschaftsliberalen *Democratic Alliance (DA)*. Gemeinsam haben die beiden Parteien 246 der 400 Sitze im Parlament und bräuchten aufgrund ihrer komfortablen Mehrheit also keine weiteren Partner. Daß Ramaphosa dennoch auf das breite Bündnis setzt, dürfte vor allem daran liegen, daß eine reine Koalition mit der weiß-dominierten Mittel- und Oberschichtspartei DA für die ANC-Basis

und die Stammwähler schwer verdaulich gewesen wäre. Darüber hinaus macht das GNU den ANC weniger erpreßbar, denn selbst wenn die DA das Bündnis verlassen und sich mit allen in der Opposition verbliebenen Parteien verbünden würde, gäbe es im Parlament lediglich ein Patt, das GNU hätte dann noch exakt 200 Sitze. Ramaphosa nutzt die Vielparteienkoalition zudem ganz offensichtlich, um seine Partner – die für den ANC perspektivisch selbstverständlich politische Gegner bleiben – gegeneinander auszuspielen. Exemplarisch zeigte sich das bei der Besetzung der Ministerposten: Während DA-Chef John Steenhuisen das Agrar-Ressort bekam, ernannte der Staats- und Regierungschef den Präsidenten (und einzigen Abgeordneten) des inzwischen nahezu bedeutungslos kleinen, radikal-panafrikanistischen PAC, Mzwanele Nyhontso, zum Minister für Landreform. Hier treffen künftig also die Interessen des noch immer stark von Weißen dominierten Agrar-Kapitals auf einen Fürsprecher einer weitreichenden Landreform inklusive Verstaatlichungen zur Umverteilung an landlose Schwarze.

Ramaphosa nimmt derweil die Rolle eines Übertalers ein und propagiert eine Zusammenarbeit über Parteigrenzen hinweg. In seiner Antrittsrede vor dem Parlament stellte er Mitte Juli zudem einen Nationalen Dialog in Aussicht, durch den alle gesellschaftlichen Kräfte Südafrikas an der Entwicklung des Landes beteiligt werden sollten. Der Verkündung des Plans folgten seitdem allerdings keinerlei konkrete Details, sodaß derzeit nicht feststeht, wer wie in welche Gespräche eingebunden werden soll. Nicht einmal ein vager Zeitplan wurde bisher verkündet.



John Steenhuisen – hier noch als Klubobmann der oppositionellen DA

Einen Ausblick auf die Agenda seiner Regierung lieferte Ramaphosa in seiner Ansprache vor den Abgeordneten aber sehr wohl. *„Es gibt einen Wandel in der Form der Regierungsführung und Reformen, die zu Wirtschaftswachstum führen werden, indem mehr Investitionen angezogen werden, was zu einer Reduzierung von Arbeitslosigkeit, Ungleichheit und Armut führt“*, stellte der Präsident sein Wunschscenario für seine zweite vollständige Amtszeit dar. Die Reihenfolge ist entscheidend, um zu verstehen, welche Art Politik die Südafrikaner nun erwartet. Kurz gesagt lautet die Parole: Wenn es der Wirtschaft gut geht, geht es allen gut. Von der DA bekam Ramaphosa dafür erwartbaren Applaus. *„Wir heißen das Eingeständnis, daß Wirtschaftswachstum der Startpunkt zum Beheben vieler sozialer Probleme und zum Schaffen einer gerechten und gleichen Gesellschaft ist, mit offenen Armen willkommen“*, triumphierte Steenhuisen.

Die völlige Zerschlagung des Sozialstaats wird das vorerst nicht bedeuten. Ramaphosa kündigte an, das während des Corona-Lockdowns eingeführte Notsozialgeld (*Social Relief of Distress Grant, SRD*) in eine regu-

läre Sozialhilfe überführen zu wollen. Auch von der Schaffung einer universellen Gesundheitsversorgung durch eine *National Health Insurance (NHI)* will der ANC trotz Widerstand aus der DA nicht abrücken. Zu erwarten steht jedoch, daß die neoliberalen Kräfte in beiden Parteien darauf drängen werden, das System so weit wie möglich in Richtung einer Public-Private-Partnership mit günstigen Kon-

ditionen für private Gesundheitsdienstleister zu drängen.

begleitet wird die Regierungsarbeit künftig von einer Opposition, die mit Ausnahme einer handvoll Kleinstparteien aus zwei de-facto ANC-Abspaltungen besteht: Zumas MKP und den *Economic Freedom Fighters (EFF)* des ehemaligen Präsidenten der ANC-Jugendliga, Julius Malema. Beide Protagonisten sind mit Korruptionsvorwürfen belastet: Zuma aufgrund des ausufernden State Capture-Systems seiner Amtszeit als Staatspräsident sowie im Zusammenhang mit einem Waffengeschäft in den 1990er Jahren, Malema in Verbindung mit dem Bankrott der Kleinanlegerbank VBS Mutual. Beide Lager fordern Verstaatlichungen, wobei Zuma vor allem die Rolle der traditionellen Autoritäten stärken will, während die EFF ein sozialistisches Programm haben. Letztere mußten allerdings gerade den Abgang ihres Gründungsvizepräsidenten und programmpolitischen Strategen Floyd Shivambu hinnehmen, der sich nach Niederlegung seiner Parteiämter umgehend der MKP anschloß. Fraktionsvorsitzender der Zuma-Partei und damit Oppositionsführer ist derweil John



Jacob Zuma – graue Eminenz hinter der MKP

Hlophe, der erst im Februar dieses Jahres durch das Parlament seines Amtes als Gerichtspräsident des *Western Cape High Court* enthoben wurde, weil er versucht haben soll, Verfassungsrichter in Korruptionsverfahren gegen Zuma zu beeinflussen. Hlophe ist damit der einzige Richter der Post-Apartheid-Ära, der so von seinem Posten entfernt wurde. Inzwischen sitzt er selbst in der Parlamentskommission, die über die Ernennung und Entlassung von Richtern entscheidet.

Unterm Strich bekommt Südafrika also eine breit aufgestellte Regierung, was einen gewissen Kontroll-effekt zwischen den beteiligten Parteien erhoffen läßt. Die Tatsache, daß der ANC es sich nicht nehmen ließ, Charaktere wie Malusi Gigaba oder Zizi Kodwa erneut ins Abgeordnetenhaus zu entsenden, spricht allerdings Bände. Ersterer war unter Zuma Minister für Staatsunternehmen und wurde von der Kommission zur Aufarbeitung der State-Capture-Krise mit schweren Korruptionsvorwürfen belastet. Letzterer war unter Ramaphosa Minister für Sport und Kultur

und ist derzeit lediglich gegen Kautio auf freiem Fuß, während ein Korruptionsverfahren gegen ihn läuft.

Zudem verliert das Parlament durch den Übergang der DA in die Regierung eine klassische Wächter-Opposition, die über drei Jahrzehnte die Kapazität aufgebaut hatte, die Regierung oft auch über Gerichtsverfahren zu kontrollieren. Keine der jetzigen Oppositionsparteien hat diese institutionelle Erfahrung, ein ähnliches Agieren ist aufgrund ihrer vorwiegend populistischen Ausrichtung auch nicht zu erwarten. Zudem besteht die Gefahr, daß bei einem weiteren Stagnieren der sozialen und ökonomischen Situation im Land insbesondere nationalistische Kräfte wie die MKP weiteren Zuwachs bekommen. Die erhoffte Weiterentwicklung der südafrikanischen Demokratie durch den Verlust der absoluten Mehrheit des ANC könnte sich so ins Gegenteil verkehren.

Christian Selz arbeitet seit 2017 als freier Journalist in Kapstadt. Sein Fokus liegt auf Arbeit, Wirtschaft und sozialen Kämpfen.

Ende von „load shedding“?

Bereits 161 Tage in Folge ohne Stromausfälle auf nationaler Ebene (das kann im Bereich lokaler Energieversorger anders sein) konnte Südafrika bis Ende August 2024 verzeichnen – eine im Vergleich zu den Vorjahren sehr erfreuliche Bilanz. An „nur“ 83 Tagen fielen die Energielieferungen durch ESKOM für bestimmte Zeitspannen und in bestimmten Regionen aus.

Energieminister Kgosientsho Ramokgopa warnte zwar vor Euphorie, die Stromerzeugungskrise sei noch nicht überwunden. Eine Lösung des sog. „load shedding“-Problems sei aber „zum Greifen nahe“. Vor allem die beiden Kohlekraftwerke Medupi und Kusile, die über Jahre hinweg wegen technischer Probleme und wegen schwerer Sabotage ausgefallen waren, wären nun endlich in der Lage, Strom ins Netz einzuspeisen, und auch für Koeberg bestünden gute Aussichten. In den kommenden Wochen würden somit insgesamt 2.500 Megawattstunden mehr zur Verfügung stehen, so der Minister.

Auch wenn dadurch noch keineswegs alle Engpässe bewältigt sind, schlug sich die verbesserte Energieversorgung bereits in einer leichten Erholung der Volkswirtschaft nieder. Nach Angaben von *Statistics South Africa* wuchs die Wirtschaft im zweiten Quartal 2024 leicht (um 0,4 %), während sie im ersten Quartal noch stagniert hatte. Der Sektor Strom-, Gas- und Wasserversorgung wuchs sogar um 3,1 %, was nach Angaben von *Stats SA* auf höhere Stromerzeugung und Wasserversorgung (kein „load shedding“) zurückzuführen ist.



Lissu (vordere Reihe, 2. v. l.) nach seiner Rückkehr aus dem Exil

Tanzania: Oppositionsführer verhaftet. Laut Mitteilung der oppositionellen *Chadema-Partei* wurden der prominente Politiker Tingu Lissu sowie vier weitere Repräsentanten der Organisation am 11. August 2024 in der Stadt Mbeya im Südwesten des Landes verhaftet. Die Polizeiaktion fand am Vorabend des (katholischen) Weltjugendtages statt, an dem die Politiker sprechen sollten. Einen Tag später wurden auch der Vorsitzende von Chadema, Freeman Mbowe, sowie der Chef ihrer Jugendorganisation in Gewahrsam genommen.

Die Verhaftungen scheinen ein Jahr relativer politischer Toleranz zu beenden, nachdem Staatspräsidentin Samia Hassan (INDABA 110/21) Anfang vorigen Jahres das seit 2016 bestehende Verbot oppositioneller Kundgebungen aufgehoben und die Rückkehr zu einem „politischen Wettbewerb“ angekündigt hatte. Von den Behörden wurde die Maßnahme mit der Gefahr gewalttätiger Ausschreitungen begründet, nachdem Chadema in ihrem Aufruf zur Veranstaltung gefordert hatte, die Teilnehmer/innen sollten sich „wie die Jugend in Kenya“

verhalten, wo es in der Tat zu gewalttätigen Protesten gekommen war. Mehrere Busse, die nach Mbeya unterwegs gewesen waren, wurden von der Polizei gestoppt und zurückgeschickt. Ca. hundert Personen sollen in Iringa, einer nahegelegenen Stadt, kurzfristig verhaftet worden sein, weitere vierhundert in anderen Teilen des Landes.

Tingu Lissu hatte 2017 ein Schußattentat nur knapp überlebt und war daraufhin ins Ausland geflüchtet. Im Jänner 2023 kehrte er triumphal nach Tanzania zurück und wurde zum stellvertretenden Vorsitzenden von Chadema gewählt. Auch wenn die verhafteten Politiker wenige Tage später gegen Kautions freigelassen wurden, kritisierte die Opposition die Polizeiaktion als Rückfall in die Zeit des autoritär regierenden Präsidenten John Magafuli (verstorben 2021).

Im Spätherbst 2025 sollen in Tanzania Parlaments- und Präsidentschaftswahlen abgehalten werden.

Hungerkrise in Lesotho. Auch das kleine Bergkönigreich steht am Rande einer humanitären Katastrophe.

30 Jahre Berliner Initiative

In Anerkennung der wachsenden politischen Bedeutung der SADC, insbesondere nach dem Beitritt Südafrikas 1994, haben EU und SADC bei einem ersten Ministertreffen am 6. September 1994 in Berlin einen einzigartigen politischen Dialog vereinbart – als Basis diente dabei die gemeinsame „*Berlin Declaration*“.

Mit ihr wurde die Struktur für einen verstärkten und umfassenden politischen Dialog geschaffen, der zu Frieden, Demokratie und nachhaltiger Entwicklung in der SADC-Region beitragen sollte. Zentrales politisches Element waren Ministertreffen, die alle zwei Jahre stattfanden. In Erinnerung ist etwa das große EU-SADC Ministertreffen 1998 in Wien (im Rahmen der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft).

Die partnerschaftlichen Bewältigung globaler, kontinentaler und regionaler Herausforderungen. Frieden und Sicherheit, die Gleichstellung der Geschlechter, die wirtschaftlichen Stärkung des südlichen Afrikas sowie demokratischer Fortschritt durch Wahlen standen dabei auf der Agenda. Im Rückblick erfüllten sich die hohen Erwartungen jedoch nicht. Obwohl bis heute weiterhin regelmäßig Treffen zwischen EU und SADC stattfinden, haben sich wesentliche Teile des Dialogs zwischenzeitlich in andere politischen Foren verlegt.

Stefan Brocza

Unterschiedliche Sichten

Vor historischen (?) Wahlen im November

Während die regierende SWAPO die Wiedergewinnung der 2019 verlorenen parlamentarischen Zweidrittelmehrheit anstrebt, hoffen andere auf ein Absturz-Szenario á la ANC in Südafrika (INDABA 122/24). Vielleicht liegt das Ergebnis aber auch irgendwo dazwischen. Von Walter Sauer.

Die Nationale Wahlkommission werde mit dem Auszählen der Pro-SWAPO-Stimmen nicht nachkommen, gab sich Generalsekretärin Sophia Shaningwa bei einer Wähler/innen-versammlung überzeugt, und so werde die Regierungspartei ihre Zweidrittelmehrheit wieder erringen und Verfassungsgesetze im Alleingang verabschieden können. Nur Wahlkampfretorik einer für ihr Mundwerk bekannten Politikerin? Vielleicht nicht nur. In der Partei scheinen sich nach anfänglichen Irritationen die Reihen hinter der kontroversen Präsidentschaftskandidatin Netumbo Nandi-Ndaitwah (72) geschlossen zu haben (INDABA 121 und 122/24), mit dem ehemaligen Generalsekretär des *Landless People's Movement*, Henny Seibeb, kehrte ein verlorener Sohn reumütig in den Schoß der SWAPO zurück, und die Aussicht auf einen spektakulären Wirtschaftsboom im Zeichen von Grünem Wasserstoff und Erdöl hält Unzufriedene bei der Stange, sofern sie auch nur entfernt von Staatsaufträgen profitieren. 91 % der wahlberechtigten Bevölkerung, etwa 1,7 Mio. Menschen, hätten sich laut *National Electoral Commission*



Das im Bau befindliche neue Hauptquartier der SWAPO

(NEC) für die bevorstehenden Präsidentschafts- und Parlamentswahlen registriert – genau das Gegenteil war vor den Mai-Wahlen in Südafrika der Fall. Der hohe Prozentwert steht zwar im Gegensatz zu wochenlangen Klagen, der Eintragungsprozeß gehe schleppend voran und gerade im dicht besiedelten Norden müsse die Bevölkerung lange Fahrten auf sich nehmen, um die NEC-Büros zu erreichen. Aber vielleicht war das alles nur Zweckpessimismus. Das offensicht-

lich hohe Vorwahl-Interesse zu interpretieren, ist freilich eine andere Frage. Gelang es der SWAPO tatsächlich, ihre Anhängerschaft zu mobilisieren? Oder ließen sich viele Jung- bzw. Erstwähler/innen nur registrieren, um der Regierungspartei an der Wahlurne einen Denkkzettel zu geben?

Rufen wir uns die Ausgangslage in Erinnerung. Die Wahlen vom November 2019 hatten sowohl für die SWAPO als auch für den Anfang

Fortsetzung auf S. 13

Unsere Partner, die „Comrades“

Ein Erfahrungsbericht

Die „Comrades“ sind ein Zusammenschluß politisch aktiver Studentinnen und Studenten in Windhoek. Getragen vom Economic and Social Justice Trust veranstalten sie in ganz Namibia Seminare und treten in Demonstrationen für die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens ein, zuletzt am 26. August, dem nationalen Heroes Day. Jasmin Jöchle hat sich mit ihnen getroffen.

am 20.8. durften dürfen mein Freund und ich im Zuge unseres Aufenthaltes in Windhoek einen Tag mit den Mitgliedern der *Comrades Association* verbringen. Der Tag begann mit einer Sitzung, gefolgt von einem Mittagessen am Markt von Katutura, und dann ging es zu einem Fußballturnier. Die meisten der zehn anwesenden Comrades im Alter von 18 bis 25 Jahren

waren Studentinnen und Studenten. Die Studienfächer erstreckten sich über Geschichte und Landwirtschaft hin zu betriebswirtschaftlichen Fächern wie Marketing und Controlling.

In den Gesprächen kam oft das Pilotprojekt für ein bedingungsloses Grundeinkommen, welches in der namibischen Stadt Otjivero durchgeführt wurde, zur Sprache. Die Comrades unterstützen dieses Projekt und fordern seine flächendeckende Umsetzung. In den damit einhergehenden Diskussionen wurde offensichtlich, wie unterschiedlich die Systeme sozialer Absicherung in Österreich und Namibia ausgestaltet sind. So ist die



Eine neue Generation politischer Aktivist/innen

staatliche Alterspension in Namibia beispielsweise vom vorherigen Einkommen unabhängig. Ebenfalls wurden Unterschiede in der Verwaltung offensichtlich. Es fiel den Comrades schwer sich vorzustellen, daß in Österreich Wahlen ohne vorherige Registrierung durchgeführt werden, und daß es tagesaktuelle Aufzeichnungen darüber gibt, wo Menschen leben und welchem Beruf sie nachgehen. Auf die Wahlen und die Perspektiven angesprochen, zeigte sich größtenteils Hoffnungslosigkeit. Die Jugendarbeitslosigkeit in Namibia ist hoch, und die Student/inn/en geben an, daß es auch mit einem Universitäts-

abschluß schwierig ist, einen Job zu finden. Die Jugendlichen haben sich für die Wahlen registrieren lassen, zum Teil auch, weil einige Arbeitgeber/inn/en die Registriernachweise verlangen. Hat man keine Karte, nimmt man offensichtlich sein Recht zu wählen nicht wahr und hat schlechtere Chancen auf den Job.

Wählen gehen werden viele der Comrades vermutlich trotzdem nicht. Auf die Frage, warum sie nicht zur Wahl gehen, gaben sie an, daß es langes Anstellen

in der Hitze bedeuten würde. Mit der Regierungspartei sind die Studenten nicht zufrieden. Die großen Regierungs- und Parteigebäude sowie Korruption wurden oft negativ hervorgehoben. Es scheint jedoch auch keine wirkliche Alternative für die Comrades zu geben. Soweit ich mich erinnern kann, wurde keine andere Partei namentlich genannt. Auch in politischem Engagement sahen die Student/inn/en keine wirkliche Möglichkeit, Einfluß auf die Politik zu nehmen.

auf die Unabhängigkeit ihres Landes, und vor allem, daß diese auf

friedlichem Wege erreicht wurde, sind sie stolz. Die Konflikte der Vergangenheit, vor allem während der deutschen Kolonialzeit, scheinen jedoch noch nicht komplett beigelegt zu sein. Oft kommt zur Sprache, daß Deutschland den Völkermord, den es an den Herero und den Nama begangen hat, nie zugegeben hat. Unter anderem aus diesem Grund werden auch wirtschaftliche Verflechtungen mit Deutschland, zum Beispiel in Bezug auf Grünen Wasserstoff, kritisch gesehen. Generell sind die Comrades sehr wißbegierig und betonten oft, daß sie von uns lernen wollen. Es kamen vielfältige Fragen, wie bestimmte Dinge in Österreich gemacht und organisiert werden. Die Beispiele, die mir am besten in Erinnerung geblieben sind, sind die Bestellung von landwirtschaftlichen Flächen und die Organisation von Topmodel-Wettbewerben in Österreich.

Fazit: Die Gruppe der Comrades ist ein Zusammenschluss tüchtiger und interessierter Studentinnen und Studenten, die leider keine wirklichen Alternativen sehen, um in ihrem Sinne Einfluß auf die Politik zu nehmen. Sie haben viel Energie und brauchen Möglichkeiten, sich zu engagieren und etwas zu verändern.

Jasmin Jöchle ist Ökonomin und arbeitet bei der Arbeiterkammer Niederösterreich. Im Sommer 2024 reiste sie zusammen mit ihrem Freund für drei Wochen nach Namibia. Die „Comrades“ werden auch von der Österreichischen Namibia-Gesellschaft unterstützt. Durchschnittlich einmal pro Monat finden bilaterale Online-Konsultationen über aktuelle Themen statt. Interessierte Teilnehmer/innen sind willkommen: namibia@sadocc.at.

Fortsetzung von S. 11

Februar verstorbenen Präsidenten Hage Geingob einen schweren Dämpfer gebracht (INDABA 104/19). Die Partei stürzte von 80% und 77 Mandaten auf 65,45% und 63 Parlamentssitze ab und verpaßte somit die Zweidrittel-Mehrheit. Amtsinhaber Geingob erreichte nur 56,3% der Stimmen, etwa ein Drittel weniger als 2014. Auch bei den Regionalrats- und Kommunalwahlen im Jahr darauf fuhr die SWAPO herbe Verluste ein.

In Hardap, Karas, Erongo und Zambezi verlor sie die Mehrheit in den Regionalregierungen, in Windhoek den Bürgermeisterposten. Und die soziale Krise hat sich seit damals noch verstärkt. Größere Initiativen zur Bekämpfung der Armut wurden kaum unternommen, auch wenn die Regierung derzeit – unter dem Druck von NGOs wie den „Comrades“ (siehe vorigen Beitrag) und des Wahlkampfs – doch wieder über ein allgemeines Grundeinkommen (BIG) nachdenkt. Große Teile des Budgets fließen in eine wenig produktive Bürokratie sowie in Rüstung und Berufsmilitär (von manchen sarkastisch Namibias größtes Job Creation-Programm genannt) bzw. versickern bei staatlichen Aufträgen zum Straßen- oder Wohnungsbau. Mangelernährung und Hunger sind inzwischen in ländlichen Regionen, aber auch in den Elendsvierteln der Städte weit verbreitet.

Lokale Proteste sind häufiger geworden, schliegen sich bislang aber kaum in neuen politischer Bewegungen nieder. Für die Regierungspartei, in der traditionalistische Strömungen immer mehr an Bedeutung gewinnen, scheint ohnehin nicht die horrende Armutskrise, sondern der Kampf gegen



Swapo-Kandidatin Netumbo Nandi-Ndaitwah

die Legalisierung gleichgeschlechtlicher Ehen durch den Obersten Gerichtshof im Mai 2023 prioritär zu sein (INDABA 119/23). Wahrscheinlich auch deshalb wird die Zweidrittelmehrheit im Parlament als so wichtig erachtet.

Zu den größten Stärken der Regierungspartei zählt die Schwäche der Opposition. Das Spektrum der politischen Parteien ist zersplittert, die meisten von ihnen sind intern zerstritten und dort, wo sie in Exekutivfunktionen gelangten, stark überfordert. Daß die Regierungspartei alles tut, um ihre Konkurrenz zu destabilisieren (z. B. durch finanzielle Kürzungen von oppositions-kontrollierten Regionen), ist ein weiterer Faktor.

Für Kritik sorgte Anfang August eine bilaterale Konsultation zwischen SWAPO und der unabhängigen Wahlkommission, zu der die anderen Parteien nicht eingeladen waren. Mangels Information der Öffentlichkeit kann man über Inhalt und Ergebnisse nur spekulieren. Oder gab Frau Shaningwa mit ihrer Aussage, die Nationale Wahlkommission werde mit dem Auszählen der Pro-SWAPO-Stimmen nicht nachkommen, vielleicht einen Hinweis?

eine besondere Herausforderung der Führungsspitze der Frelimo: „Egal, was der IWF sagt, wir brauchen mehr Geld.“

Filipe Nyusi hat nach seiner Wahl zum Präsidenten vor einem Jahrzehnt (INDABA 84/14) versucht aufzuräumen, aber er ist gescheitert. Im Jahr 2015 ernannte er zwei hochangesehene Persönlichkeiten zu Ministern: Jorge Ferrão für Bildung und Pedro Couto für Bodenschätze und Energie. Beide blieben weniger

als zwei Jahre im Amt. Ferrão versuchte, der Korruption beim Kauf von Schulbüchern Einhalt zu gebieten und Lehrer und Schulleiter davon abzuhalten, so viel Zeit für die Frelimo zu verbringen. Er wurde durch Conceita Sortane ersetzt, eine Frelimo-Parlamentsabgeordnete und Leiterin einer Frelimo-Wahlkampfbrigade in der Provinz. Im Bildungswesen erfolgt die Belohnung durch die Frelimo indirekt. Für Beförderungen, zum Beispiel zum Schulleiter, muß man in der Frelimo aktiv sein. Als Leiter des wichtigen

Ministeriums für Bodenschätze und Energie wurde Couto von Leticia Klemens abgelöst. Sie verfügte über keine einschlägige Erfahrung, hatte aber geschäftliche Verbindungen zu den Familien hochrangiger Frelimo-Mitglieder, darunter aller drei ehemaligen Präsidenten, und zu einigen mit Bergbauinteressen. Sie blieb ein Jahr lang Ministerin.

Quelle: Mozambique – News Reports and Clippings, No. 641 vom 28. Juli 2024.

Der Übergang vom Sozialismus zum Kapitalismus

Zum Wandel (ehemals) revolutionärer Eliten

Die Entwicklungen der postkolonialen Gesellschaften des südlichen Afrika scheinen eine Gemeinsamkeit zu haben: den Wandel der antikolonialen Eliten zu einer neuen Staatsklasse, die zunehmend gesellschaftlichen Reichtum in ihrem Eigeninteresse akkumuliert. Ein Land, an dem dieser Prozeß sehr deutlich wird, ist Moçambique. Er läßt sich dort besonders gut verfolgen, weil das Land von seiner Unabhängigkeit 1975 bis heute einen Chronisten mit scharfem kritischem Blick gefunden hat: Joseph Hanlon (geb. 1941), der sich 1971, aus den USA stammend, in England niederließ. Er hat, mit ausgezeichneten Portugiesisch-Kenntnissen, immer wieder lange Zeit in Moçambique verbracht.

Unter seinen früheren Publikationen, die der moçambikanischen Unabhängigkeitsbewegung und dem damaligen Ein-Parteien-Regime der Staatspartei Frelimo durchwegs sympathisierend gegenüberstanden, ragen zwei hervor: *Mozambique: The Revolution under Fire* (London 1984) sowie *Mozambique: Who Calls the Shots?* (London 1991).

Nach dem Ende des Bürgerkriegs mit der von Apartheid-Südafrika unterstützten Rebellenbewegung und nach den ersten freien Parlamentswahlen im Oktober 1994, die eine bis heute wiederholte absolute Mehrheit der Frelimo brachten, hat sich Hanlon zunehmend kritisch mit den von der Staats- und Parteielite produzierten Krisen auseinandergesetzt und diese dokumentiert: Bankskandale, Niedergang der öffentlichen Dienste im Gefolge der Vorgaben des Internationalen Währungsfonds und der Selbstbereicherung der Frelimo-Elite, politische Morde, Vergabe von Ländereien, Transport- und Banklizenzen sowie staatliche Beschaffungen an Günstlinge der Staatsklasse, vor allem auch die krassen Manipulationen von Parlaments-, Präsidential- und Munizipalwahlen.

Besonders augenfällig waren die Wahlfälschungen bei den Munizipalwahlen im Oktober 2023 (INDABA 120/23). Unter anderen Städten fuhr die Frelimo im Süden in der Hauptstadt Maputo und deren Nachbarstadt Matola vernichtende Nieder-

lagen zugunsten der Renamo ein. Doch wurde in beiden Städten die Frelimo zur Siegerin erklärt. Für die Parlamentswahlen am 9. Oktober 2024 sind die Zeichen ebenfalls auf massive Wahlfälschungen gestellt. So wurden im Prozeß der persönlichen Registrierung der Wahlberechtigten zwischen 900.000 und 1,2 Millionen Geisterwähler und -wählerinnen aufgenommen – die Volkszählung des Nationalen Statistikamtes hatte in diesem Umfang geringere Zahlen von Erwachsenen festgestellt. Durch die nach oben verfälschten Wählerzahlen werden etliche Provinzen im Parlament mehr Sitze erhalten, die sodann der Frelimo zugeschlagen werden. Im Effekt bedeutet das eine weitere Verfestigung des Elitenwandels vom Staatssozialismus zum Staatskapitalismus.

Kurt Greussing (geb. 1946 in Vorarlberg), Studium der Politikwissenschaft und der Iranistik an der Freien Universität Berlin, von 1993 bis 2003 zuständig für österreichische und britische EZA-Projekte in Moçambique und anderen Ländern des südlichen Afrika.

Exklusiv für INDABA:

William Kentridge über Österreich

Auf Ersuchen der INDABA-Redaktion blickte der südafrikanische Ausnahmekünstler – im heurigen Frühsommer gleich mit zwei Produktionen in Wien präsent – auf seine bisherigen Aktivitäten hierzulande zurück und formulierte dabei auch, wie er Österreich wahrnimmt. Seine Audiobotschaft haben wir transkribiert und übersetzt.

dies ist eine kurze Notiz für das INDABA-Magazin. Dies ist William Kentridge in meinem Studio in Johannesburg an einem winterlichen Sonntagmorgen.

Meine Verbindung zu Österreich ist, wie ich annehme, sowohl zufällig als auch durch tiefe Verbindungen entstanden. Einer dieser Zufälle war das große Glück, eine Ausstellung mit Peter Weibel zu veranstalten; er kuratierte sie vor etwa 25 Jahren im Rahmen des *Steirischen Herbstes*. Dadurch lernte ich sowohl seine eigene Arbeit als auch die Tiefe, den Reichtum und die Unterstützung der österreichischen Kulturszene kennen. Die andere große Ausstellung in Österreich, über die ich mich natürlich sehr gefreut habe, fand in der *Albertina* statt, einem der größten Museen der Welt für Zeichnungen, wenn nicht sogar das größte Museen für Graphik weltweit. Es war phantastisch, dort eine Ausstellung zu haben und eine Verbindung zwischen der Tätigkeit des Zeichnens und einem Museum herzustellen, das so viele Schätze aus so vielen Jahrhunderten beherbergt. Denn Millionen von Künstlern haben sich dieser Methode bedient, um die Welt zu verstehen. Soviel also zu meiner Arbeit, insofern sie in Österreich zu sehen war.



Und dann gibt es eine Verbindung zum Kanon der westlichen Musik, die, wie ich annehme, in erster Linie durch meinen Vater zustande gekommen ist. Hier habe ich natürlich zu Mozart gearbeitet, zu seiner Oper „Die Zauberflöte“, ich habe zu späteren Wiener Komponisten gearbeitet, Alban Berg mit „Lulu“ und „Wozzeck“, und natürlich auch zu Schubert bei einer Produktion der „Winterreise“. Das waren also starke musikalische Verbindungen. In all meinen Arbeiten ging es immer um die Verbindung zwischen Südafrika und dem Gewicht Europas und um die Möglichkeiten und Zer-

störungen, die dieses Gewicht mit sich brachte. Und das ist wohl das zentrale Paradoxon in meiner Arbeit: der außerordentliche Reichtum und die Möglichkeiten, die Europa Afrika geboten hat, und auch die außerordentlichen Kosten, die Afrika und alle Kolonien für Europa zu tragen hatten – für die Unterstützung seiner Wirtschaften und die Unterstützung derer, die so viele dieser Projekte möglich gemacht haben.

Es hat also nicht so sehr mit der Geografie oder der spezifischen Politik Österreichs zu tun – wobei selbst diese sehr interessant und ambivalent ist, wenn man die unterschiedlichen Wahrnehmungen Österreichs von außen in Bezug auf seine Rolle im Zweiten Weltkrieg bedenkt –, sondern Wien hat mich auch immer interessiert als Hauptstadt eines ehemals riesigen Reiches, das jetzt ein winziges Land mit einer kleinen Bevölkerung ist, aber mit Gebäuden und Ressourcen, die sich angesammelt haben, als es ein großes europäisches Reich war. Zusammenfassend läßt sich sagen, daß man immer mit einer heroischen und einer beschämenden Geschichte konfrontiert wird, und Österreich scheint dafür ein sehr starkes Beispiel zu sein. Das ist etwas, was man in Südafrika gut versteht, nämlich die widersprüchlichen, zweideutigen und gewalttätigen Wurzeln einer gegenwärtigen Situation zu verstehen, wie sie in allen historischen Erzählungen von Ländern impliziert sind.

Die Audiobotschaft von William Kentridge erhielten wir am 5. August 2024. Für die Vermittlung danken wir Bronwyn Lacey (Centre for the Less Good Idea).

Ein Narrenschiff sticht in See

Ein Frachter sticht in See, aber für die Passiere an Bord gibt es kein Happy End: Mit „The Great Yes, The Great No“ hat der südafrikanische Regisseur und bildende Künstler William Kentridge im Rahmen des ImPulsTanz-Festivals sein neues Stück im Burgtheater in Wien gezeigt – unter großem Jubel. Ein Premierenbericht von orf.at.

Das Stück mit Tanz, Film, Oratorium und Schauspiel beginnt mit einer historischen Reise: Im März 1941 sticht der Frachter „Capitaine Paul Lermerle“ in Marseille in See – Ziel ist die karibische Insel Martinique. An Bord befinden sich Kunstschaffende und Intellektuelle – darunter die Schriftstellerin Anna Seghers, Andre Breton, Claude Levi-Strauss, der kubanische Künstler Wilfredo Lam. Sie alle sind auf der Flucht vor Vichy-Frankreich. Tatsächlich hatten sie sich 1941 in Marseille eingeschifft, um dem Vichy-Regime zu entfliehen, das mit den Nationalsozialisten kooperierte.

Können sie den Gefahren wirklich entfliehen? Nein, denn Kentridge konfrontiert die Passagiere auf dem Dampfer mit Fragen über Migration, Kolonialismus, Barbarei und Hoffnung.

Als Kapitän bringt der Künstler den Fährmann Charon (Hamilton Dhlamini) auf die Bühne – Fährmann der antiken Mythologie, der die Toten gegen Bezahlung in die Unterwelt bringt. Neben Charon übernimmt ein siebenköpfiger Frauenchor eine Hauptrolle.

Die Kammeroper wird magisch, als der Kapitän auch Persönlichkeiten aus der Vergangenheit an Bord holt, die in Wirklichkeit nie auf diesem Schiff waren –

um über Europa und seine koloniale Vergangenheit nachzudenken. Darunter sind antikolonialistische Gollionsfiguren wie das Ehepaar Aime und Suzanne Cesaire (Nancy Nkusi).

Wirklichkeit und Fiktion mischen sich auf dem Seeweg von Europa nach Martinique. „Wir nutzen ein Narrenschiff“, zitiert ImPulsTanz den Künstler, um „Fragen sprudeln zu lassen und Antworten zu finden“.

In einer Kritik der „Financial Times“ heißt es, die Notlage linker, intellektueller Exilanten würde mit der jener vermischt, die gegen koloniale Ungerechtigkeit und Rassismus kämpfen.



Frauenchor in „The Great Yes, The Great No“

Alles findet sein Ende, sagt Charon in dem Stück, sofern die Bezahlung stimmt. Als Erzähler in Kentridges Stück obliegt es ihm, durch die mittels allerlei Projektionen kontextualisierten Geschichten der Personen zu führen.

19 Künstlerinnen und Künstler stehen auf der Bühne – sie tauschen überdimensionale Masken der realen und imaginären Passagiere.

Kritikerinnen und Kritiker scheinen sich einig in einem Punkt: Die Rolle des Tanzes steht diesmal im Schatten, und für so manchen ist das ein Wermutstropfen.



Baustellen der Demokratie

Am 5. Juni, im Nachhall des siebten demokratischen Wahldurchlaufs, lud die südafrikanische Botschaft anlässlich von 30 Jahren Post-Apartheid Südafrika in das Architekturzentrum Wien im denkmalgeschützten barocken Museumsquartier (<https://www.azw.at/de/termin/democratic-spaces/>). Unter dem Titel „Democratic Spaces“ präsentierten Anne Graupner, Thomas Chapman, Khensani Jurczok-de Klerk und Nadia Tromp architektonische Positionen, Projekte, Bauten und Diskurse. Von Marlene Wagner.

Architektur, als erste Kunst, Handwerk und Ordnung, ist als Disziplin geprägt vom globalisierten westlichen Diskurs und als Profession bestimmt von regionaler Reglementierung des Berufsstands und Normen zu Material und Bauweisen. In Österreich werden jährlich an die 25.000 neue Gebäude errichtet, ein Bruchteil davon ist von selbstständigen Architekt/inn/en geplant, von denen wiederum nur 12 % Frauen sind. Das Architekturstudium ist zeit- und kostenintensiv, und fast 30% der selbstständigen Architekt:innen haben einen Umsatz von unter 35.000 Euro, schreibt die Bundeskammer der Ziviltechniker:innen.

Wettbewerb und öffentliche Konkurrenzverfahren gelten in Mitteleuropa als Qualitätssicherung und demokratische Steuerung. Gegliedert in unterschiedliche Stufen, Leistungsphasen und Kriterien der Zugänglichkeit stellen sie – besonders für junge oder kleine Büros – eine große Hürde und finanzielle Herausforderung dar. Der Vergabe- und Baukultur mit Investor/in, Entwicklungsgesellschaft, Baukonzern, Baumeister/in, Fertigteile-Industrie oder Selbstbau steht die Baukunst gegenüber. Auch wenn sich die Disziplin gern autonom präsentiert, entsteht Architektur immer in Abhängigkeitsverhältnissen und ist dabei wenig demokratisch organisiert. Der gebaute Raum, dessen Praktiken wie Diskurse, spiegeln Architekturen der gesellschaftlichen Verhältnisse wider und können als kollektiv gelebte Archivalandschaft gelesen werden – inklusive ihrer blinden Flecken.



Architekturzentrum Wien: Nadia Tromp, Thomas Chapman und Khensani Jurczok-de Klerk (v. l. n. r.). Am Rednerpult: Anne Graupner.



Nach eröffnenden Worten von Botschafter Rapulane Sydney Molekane und der Direktorin des Architekturzentrum Wien (AzW), Angelika Fitz, moderierte Anne Graupner, selbst Architektin zwischen Johannesburg und Salzburg, den diskursiven Raum über die bestehenden Beziehungen des Architektur Zentrums Wien und Post-Apartheid Südafrika. Bereits 2004, nach zehn Jahren Demokratie, hatte sie in Wien die Wanderausstellung *Joburg Now! Baustelle Südafrika* gezeigt. Neben den divergenten urbanen Strukturen zwischen informellen Siedlungen, „gated communities“ und der Entwicklung neuer Stadtzentren präsentierte diese Ausstellung auch die erste Generation von DesignBuild-Projekten österreichischer Architekturfakultäten in Südafrika. Diese universitären Projekte ermöglichten auch meinen persönlichen Zugang zu Südafrika und der Post-Apartheid über das Entwerfen und Bauen.

Der als Studierendengruppe der TU Wien geplante und vor Ort umgesetzte Kindergarten im Township Orange Farm wurde im 2009 veröffentlichten Sammelband *10 years + 100 buildings: Architecture in a Democratic South Africa* dokumentiert. Seit den ersten demokratischen Wahlen 1994 entstanden neben dem staatlichen *Reconstruction and Development Programme* diverse Versuche, die Identität der jungen Demokratie über ikonische (Um-) Bauten und neue Typologien räumlich gestaltend zu übersetzen.

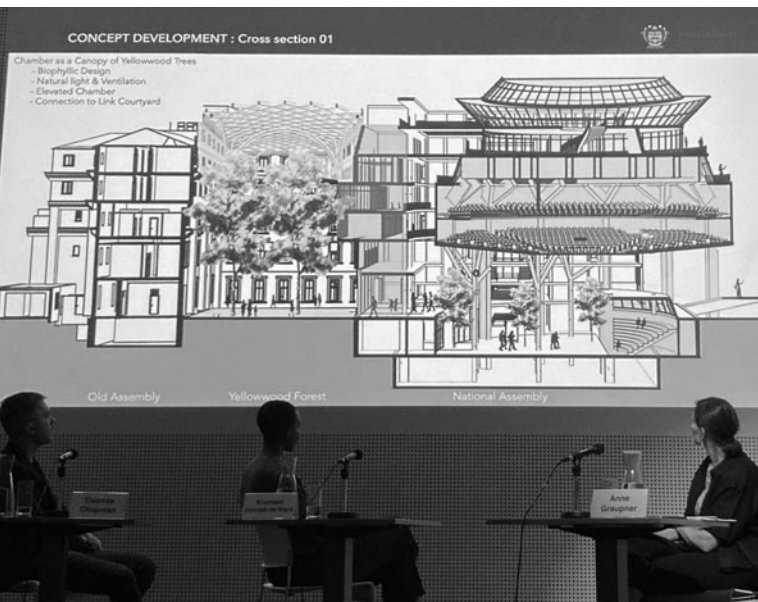
Begleitet wurden diese von einer Öffnung des Diskurses von Architektur und Planung als Werkzeug und Vermächtnis der Apartheid. Graupner widmete sich gebauten Beispielen wie dem *Walter Sisulu Square of Dedication* als Gedenkstätte und Markthalle, errichtet von *studioMAS* am Ort des *Congress of the People* in Kliptown. Das innerstädtische Areal des Verfassungsgerichtshofes in Johannesburg wiederum, gebaut auf ehemaligem Militärlager und Gefängnisgelände, wurde als groß angelegter internationaler, mehrstufiger, offener Wettbewerb inklusive Jury mit Ex-Gefangenen abgewickelt und von der südafrikanischen Projektgemeinschaft *Urban Solutions* und *OMM Design Workshop* realisiert. Neue Transportinfrastrukturen wie der 17.000 m² große, langgezogene Verkehrsknotenpunkt und Händler/innen/markt von *Ludwig Hansen Architekten* in Soweto wurden zur Förderung der Mobilität errichtet. Der Baragwanath-Taxi-Busbahnhof erschließt den gleichnamigen Krankenhauskomplex, den angeblich größten der südlichen Hemisphäre. Das ehemalige britische Militärkrankenhaus aus dem 2. Weltkrieg bekam 1997 offiziell den Beinamen des ermordeten kommunistischen Führers Chris Hani verliehen. Besonders nachdrücklich verwies Anne Graupner auf die Thematik des Wohnbaus als der nach wie vor dringlichste öffentliche Angelegenheit.

Am Ende ihrer Einleitung strahlte das 2008 fertiggestellte *Interpretation Center* im informell und dicht bebauten Township Alexandra von der Leinwand. Das vielpublizierte Bild des international bekannten Architektur Fotografen Iwan Baan zeigt eine architektonisch ansprechende und dem Umfeld angepaßte Struktur des südafrikanischen Architekten Peter Rich. Daß diese sich identifikationsstiftend und transformativ präsentierende Architektur bis heute von architekturinteressierten Besucher:innen, jedoch nicht von lokalen Bewohner:innen genutzt wird, stand an diesem Abend nicht zur Debatte. Diese blinden Flecken im Architekturdiskurs zwischen Geschichte, Gegenwart und Zukunft und die Auslassung der Baukultur von Investor:in, Baukonzern oder Selbstbau deutet weniger auf ein speziell südafrikanisches

Verhältnis als auf die Schwierigkeiten des kritischen Diskurses zu kontemporärer Architekturpraxis, den Grenzen der Handlungsmacht von Ästhetik und Disziplin und den Zeitlichkeiten von Transformation.

Thomas Chapman widmete sich eigenen Projekten des Büros *Local Studio* in Johannesburg und der notwendigen Identifikation von Champions als Auftraggeber:innen, welche über die Kategorisierung in öffentliche oder private hinaus gedacht werden müsse (<https://localstudio.co.za>). Die Architekturpraxis, welche für ihn 2012 mit künstlerischen Interventionen in einem vom Apartheid-Regime für Mitglieder der multi-ethnischen Gemeinschaft der Coloureds errichteten Vorstadt begann, müsse unweigerlich mit einem notwendigen „hacking“ als kreative Auslegung abseits standardisierter Regelwerke und einem neuen Verständnis von Machbarkeit agieren. Die Ausformung dieser Erkenntnisse zeigte er u. a. mit der Umsetzung eines kirchlich finanzierten Jugendzentrums. Die kostengünstige Bauweise mit Stahlkonstruktion, Wellblech und transluzenten Stegplatten ermöglicht großzügige Computerräume, ein helles Tanzstudio und neue Aus- wie Einblicke mitten in dem verrufenen, einwanderungsstarken Stadtviertel Hillbrow. Chapman präsentierte weiters eine Fußgängerbrücke, die Treffpunkt und sichere Querung der Hauptverkehrsader einer ehemals vorsätzlich benachteiligten Vorstadt ermöglicht – als notwendigerweise demütigeres Wahrzeichen. Die integrierte Station des seit 2009 entwickelten öffentlich finanzierten Bus Rapid Transit-Systems fungiert als Alternative zur milliardenschweren privaten Minibustaxi-Industrie und als Rückgrat des öffentlichen Verkehrsystems Südafrikas. Mit Projekten wie der *Lapalala Wilderness School*, einem privaten Naturpark und Wildresort, orientiert sich Chapmans Architekturpraxis vermehrt hin zu Infrastrukturen im ländlichen Raum und zu wachsender Akzeptanz nachhaltiger Baumaterialien und Bauweisen wie Holz oder Stampflehm.

Khensani Jurczok-de Klerk teilte in ihrem Beitrag keine feministische Perspektive als Geschichtenerzählerin zwischen räumlicher Praxis und akademischem Diskurs, zwischen Südafrika und der Schweiz (<https://kjdk.ch>). Sie erweiterte die politische Landschaft der Post-Apartheid u. a. mit dem Fall Khwezie und Vergewaltigungsklage an den ehemaligen Prä-



Pläne für die Neugestaltung des Parlaments



Nadja Tromp

sidenten Jacob Zuma und der *Rhodes-Must-Fall*-Bewegung, welche 2015 von der Universität in Kapstadt aus den Sockelsturz von Statuen auch im Land der ehemaligen Kolonialmacht England inspirierte.

Matri-Archi(tecture), ein von Khensani de Klerk 2017 initiiertes Kollektiv von Architektinnen, Künstlerinnen und Designerinnen afrikanischer Herkunft, untersucht und vermittelt, wie Kultur sich im Raum zeigt und der Raum wiederum die Kultur prägt, und spekuliert durch künstlerische Forschung und Ausstellungen über mögliche Zukünfte einer afrikanisch gebauten Umwelt. Khensani de Klerk präsentierte weiters die partizipative Projektplattform mit dem Titel *publicAgender*, welche sich im urbanen Maßstab, von den Rändern aus, geschlechtsbezogener Gewalt und den Verschneidungen des privaten und öffentlichen Raums Südafrikas auseinandersetzt. In ihrem laufenden Doktoratsstudium an der ETH Zürich fragt sie mit dem Konzept *Undercommons*, als flüchtige Planung oppositioneller Solidarität, nach Formen von *Safe Space* diasporischer Schwarzer Frauen in Europa.

Nadja Tromp schließlich begann ihren Vortrag mit dem Problem der noch immer wirkenden räumlichen Trennung der Apartheid, der Ausgestaltung von Grenzen und ihrer Zusammenarbeit mit der Künstlerin und Aktivistin Tracy Rose. Sie sprach sich für Architektur als Instrument des Wandels aus, welche über die Verschiebung von Perspektiven und Räumen des Dialoges veränderte Verhältnisse

schafe. Ihr Büro in Johannesburg und Kapstadt, *Ntsika architects* (isiXhosa für Wachstum oder Entwicklung), ist eines der wenigen Büros in Südafrika, das zu 100 % von schwarzen Frauen geführt wird (www.ntsika.co.za). Tromps Architekturpraxis repräsentiert ein dichtes Portfolio an öffentlichen Bauten mit einem Schwerpunkt auf Gesundheit- und Bildung. Die Präsidentin des *Gauteng Institute of Architecture* und Vorsitzende der Arbeitsgruppe für Gemeinschaft und Menschenrechte der *International Union of Architects* (welcher auch die Bundeskammer der Ziviltechniker:innen in Österreich angehört) präsentierte mit dem Bild des Anfang 2022 brennenden Parlamentsgebäudes in Kapstadt den bis jetzt wohl bedeutendsten Auftrag ihrer Karriere. Dem 1884 im neoklassischen Stil mit Cape Dutch-Anleihen erbauten kolonialen Repräsentationsbau setzt sie mit der Symbolik des Baumes einen neuen kronenförmigen Kern, öffentlich zugängliche Bereiche und neue Sichtbeziehungen mit dem Außenraum ein. Die Referenz zum traditionellen afrikanischen Ort basisdemokratischer Entscheidungsfindung wird außerdem mit lebenden Bäumen und einem dezentrierten und ebenerdig herabgesetzten Eingangsportal unterstrichen (<https://rebuilding.parliament.gov.za/>). Finanziert durch die Südafrikanische Entwicklungsbank inszeniert die südafrikanische Regierung via Webseite und WhatsApp den Umbau des Parlaments als *The*

Peoples Project. Mit Projekt-Zeitleiste und Informationen zu Partizipationsprozeß werden Strategien der Zusammenarbeit mit der Universität Kapstadt und berufsbildenden Schulen für transparentes Monitoring und bautechnischen Training vermittelt. Die Erwähnung von Ntsika architects oder Nadia Tromp sucht man auf der Projekt-Website vergeblich, aber kennt die österreichische Öffentlichkeit – trotz großer Akzeptanz – die verantwortlichen Planer/innen des Umbaus des österreichischen Parlaments an der Ringstraße?

Zusammenfassend lassen sich mit den Perspektiven der eingeladenen Positionen veränderte Verhältnisse einerseits im Berufsfeld des spezifischen Kontexts von 30 Jahre Post-Apartheid und andererseits im globalisierten Architekturdiskurs erkennen. Wahrnehmbar ist dabei eine geographische Verschiebung des kritischen urbanen Diskurses von Johannesburg nach Kapstadt und die Dezentrierung infrastruktureller Projekte in weiter gefaßte Peripherien und den ländlichen Raum. Fragen nach Auftraggeber/innen als auch unterschiedliche Aufgaben und Rollen als Architekt/in werden pragmatisch, vielfältig und in diverseren Büros umgesetzt. Das anfänglich intensiv behandelte Thema des sozialen Wohnbaus und unterschiedlicher Wohntypologien stand zumindest an diesem Abend nicht im Fokus. Symbolische Wiederaufbauprojekte formen weniger neue monumentale Gedenkstätten, sondern werden ästhetisch mit notwendigen Infrastrukturen und Funktionen auch kleinteiliger und nachhaltiger gedacht. Die beispielhafte soziale wie politische Perspektive auf zeitgenössische Architektur, unter Bezugnahme des historischen Erbes der Post-Apartheid, verbindet „race“ und „class“ vermehrt mit „gender“ zu intersektionalen Räumen des Dialoges. Dies ermöglicht die Kontinuität kritischer Auseinandersetzung, Kollision und Öffnung von Begriffen wie Kultur oder Gewalt und der Grenzen von Zonierungsplan, Maßstab oder Typologie.

Die Verschiebung von Perspektiven und veränderte Verhältnisse zeigt sich auch mit dem Aufruf der Dekolonisierung und Dekarbonisierung auf der 18. Internationalen Architekturbiennale in Venedig. Die ghanaisch-schottische Akademikerin, Autorin und ehemalige Leiterin der Architekturfakultät an der Universität Johannesburg, Lesley Lokko, kuratierte 2023 das Laboratory of the Future mit einem Schwerpunkt auf Architekturpositionen des afrikanischen Kontinents und der afrikanischen Diaspora. Architektonisches Denkens auch jenseits des konkreten Bauens, als Landschaften geologischer Formation, indigener und präkolonialer Architektur, oder der Umgang mit kolonialen Infrastrukturen und plane-

taren extraktivistischen Verstrickungen standen im Vordergrund. Unter anderen wurde die Arbeit der südafrikanischen Architektin Sumayya Vally und der Menschenrechts- und Anti-Bergwerks-Aktivistin Nonhle Mbuthuma aus Xolobeni (INDABA 108/20) gezeigt. Beide Positionen waren bereits davor im Rahmen des AzW-Architekturfilmsommers bzw. der von SADOCC ko-organisierten Konferenz *Inequality. A Challenge for African-European Cooperation* zum gemeinsamen Austausch in Wien geladen.

Die an die Präsentationen anschließende Diskussion im Architekturzentrum Wien umriß die gemeinsamen Themen einer Architektur im Klimawandel, Debatten zu Öffentlichkeiten, Um-, Neu- und Weiterbau, zukünftige Bauweisen und nachhaltigem Material. Wenn eine schwarze Architektin in staatlichem Auftrag und in Zusammenarbeit mit Bildungsinstitutionen das Haus der Volksvertretung in Kapstadt umbaut, macht das jedenfalls Hoffnung für die Demokratie Südafrikas, aber vielleicht mehr noch für die Profession der Architektur. An diesem Abend zeigte sich vor allem, daß die Baustelle nicht in Südafrika zu verorten, sondern Räume der Demokratie mit Verschiebungen der Perspektive als ein kontinuierliches Bauprojekt transskalärer Baustellen zu verstehen ist.

Die Unmöglichkeit der Rekonstruktion einer einzigen historischen Erzählung von deren Baukultur bedarf des begleitenden transdisziplinären wie -nationalen Austauschs zu planetaren Architekturen, gelebten Archivalandschaften und gesellschaftlichen Verhältnissen. Nicht nur wegen des außergewöhnlich guten Weins im AzW wäre der Weiterbau dieser Südafrika-Österreich-Beziehung, dieses bestehenden Raums für Dialoge wünschenswert.

Marlene Wagner praktiziert, lehrt und forscht zu sozialen Architekturen und transformativen Prozessen. Sie lebte sieben Jahre in Südafrika und realisierte mit der NPO buildCollective sowie in Zusammenarbeit mit der Fachhochschule Kärnten und Nonhle Mbuthuma u. a. die Mzamba-Fußgängerbrücke im Eastern Cape. Ihre Arbeit in unterschiedlichen Kollaborationen mit Universitäten und NGOs wurde im AzW ausgestellt: 2006 unter dem Titel „Un Jardin d’Hiver presents. Bottom up. Building for a better World“, 2014 „Think Global Build Social!“, 2021 im Rahmen der Einladung von Sumayya Vally. Mit SADOCC entwickelte sie den Nelson Mandela-Tag in der Seestadt Wiens.

... bücher ...

Robert Ross, **Things Change. Black Material Culture and the Development of a Consumer Society in South Africa, 1800–2020**. Afrika-Studiecentrum Series 43 (Leiden–Boston, Brill, 2023). 187 S.

Robert Ross, ehemaliger Professor für Geschichte Afrikas in Leiden, legt mit diesem Band eine Geschichte der materiellen Kultur der schwarzen Bevölkerung Südafrikas vor. Was aufs erste nach einem altmodischen ethnologischen Thema klingt, ist in Wirklichkeit das Gegenteil.

Dem Autor geht es gerade nicht um traditionelle Objekte und ihre Einordnung in eine als statisch begriffene tribale Ordnung, sondern um die Übernahme europäischer („weißer“) Gebrauchs- und Prestigegegenstände durch innovative Schichten der afrikanischen Gesellschaft. Mit anderen Worten: Ross beschreibt die Faszination, die westliche Kleidung, das Essen mit Messer und Gabel, europäische Möbel, Radios, Fahrräder oder Autos auf dieselbe ausübten. Diese Entwicklung ermöglichte es einerseits einer zunächst schmalen, dann rasch wachsenden Elite, sich von marginalisierten „have nots“ abzugrenzen, diente andererseits aber auch dazu, sich gegenüber den Angehörigen der europäischen Kolonial- und späteren Apartheidsgesellschaft als gleichwertig zu inszenieren.

Ross beginnt seine Darstellung in vor- bzw. frühkolonialer Zeit. Traditionelle Führer, die den Fernhandel mit Elfenbein und Sklav/inn/en kontrollierten, erwarben Zugang zu materiellen Gütern, die in eigener Produktion nicht hergestellt werden konnten, etwa Feuerwaffen oder Insignien der

Repräsentation. Diese kamen zunächst nicht nur aus Europa – man erinnere sich an das chinesische Porzellan des 15. Jahrhunderts in Great Zimbabwe. Zunehmend begannen jedoch europäische Waren den Markt zu dominieren. Missionare vermittelten Kleidungsstücke, Devotionalien usw., einheimische Wanderarbeiter brachten aus den Bergwerken am Witwatersrand Einrichtungs- und Haushaltsgegenstände in ihre ländlichen Heimat mit. Mit der Zeit folgten Flugschriften, Zeitungen, Bücher – auch politische. Daß es dadurch selbst im ruralen Ambiente zum Verschwinden von Tradition und zu einer („materialistischen“) Modernisierung kam, wurde von weißen Missionaren und Humanisten schon um die Wende zum 20. Jahrhundert kritisiert (Ross zitiert in diesem Zusammenhang Forschungen unseres Beiratsmitglieds Kirsten Rüther). Von den Herrschern der 1910 de facto unabhängig gewordenen Union of South Africa bzw. dem Apartheidregime nach 1948 wurde die Herausbildung einer schwarzen Konsumgesellschaft unterschiedlich bewertet. Auf der einen Seite befürwortete man die Entstehung einer „schwarzen Mittelschicht“ (die ohnehin hauptsächlich von weißen Großhändlern kaufte) unter der Voraussetzung, daß sie in den Reservaten bzw. euphemistisch so genannten Homelands erfolgte. Auf der anderen Seite aber sah man zunehmenden Wohlstand (aber auch Bildung) als eine Gefahr an, weil er die politisch vorgegebene Rassenhierarchie in Frage stellte und über Kritik an niedrigen Löhnen und schlechten Wohnverhältnissen zu einer Politisierung von großen Teilen der schwarzen Mehrheit führte. Es verwundert somit

nicht, daß für nicht wenige Repräsentanten des Widerstands gegen die Apartheid europäisches Konsumverhalten zur Selbstverständlichkeit wurde (ein Trend, den die frühen Sprecher der *Black Consciousness*-Bewegung interessanterweise ablehnten, worauf Robert Ross hinweist).

Der vorliegende Band versteht sich mit Recht als die erste systematische Analyse der Entstehung einer Konsumgesellschaft in Südafrika. Weitere Beiträge dazu werden hoffentlich folgen. Auch wenn der Autor eine breit gefächerte Kenntnis der akademischen Literatur zur Geschichte Südafrikas unter Beweis stellt – nicht zuletzt war er Mitherausgeber der neuen *Cambridge History of South Africa* –, basieren viele seiner Thesen auf lokalen Fallstudien. Weithin fehlen Berichte von Missionaren oder Reisenden, von denen viele nur in Deutsch (oder anderen Sprachen außer Englisch) vorhanden sind. Nicht-englischsprachige Literatur zu verwerten, liegt freilich unter der Würde von *British Africa Historiography*. Mit Recht zieht Ross hingegen südafrikanische Marktumfragen (schon aus der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts) sowie Werbung in hauptsächlich von Schwarzen gelesenen Zeitungen als Quellen heran. Abgesehen von vielen neuen und anregenden Einsichten, die der Band vermittelt, bietet er auch eine gewisse Erklärung für das rapide Verschwinden politischer Werthaltungen (à la „Freiheitscharta“) seit 1994 und die Dominanz materialistischer Interessen der neureichen schwarzen Oberschicht im heutigen Südafrika. Ein Themenfeld, das einer interdisziplinären und vermutlich kontroversiellen Debatte bedürfte.

Walter Sauer

Impressionen vom

NELSON MANDELA DAY 2024

von Alois Pommer und Birgit Reiter

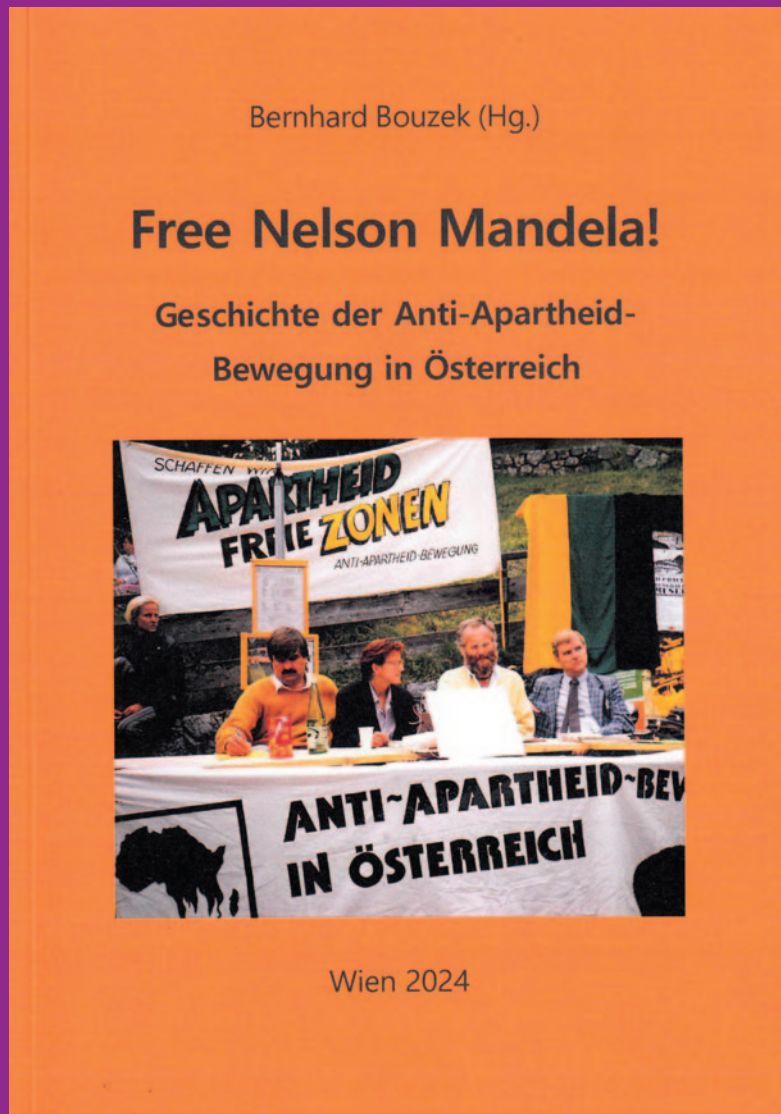


Österreichische Post AG
PZ 22Z042795 P
SADOC, Favoritenstraße 38/18/1, 1040 Wien

Retouren an A-1040 Wien, Favoritenstraße 38/18/1



NEUERSCHEINUNG



Mit (tlw. Original-) Beiträgen von Hans Außerhuber, Bernhard Bouzek, Gregor Dohle, Eva Enichlmayr, Peter Fleissner, Ingrid Gaisrucker, Wolfgang Gasser, Anna Hable-Mayer, Gerald Hödl, Barbara Keller, Adalbert Krims, Evelyn Martin, Margit Niederhuber, Eva Rauter, Walter Sauer, Walter Stach, Gabriele Stöger, Moritz Stroh, Martina Thaler-Schönfeld und Edith Zitz.

Erhältlich zum Preis von 20 Euro bei SADOC (Selbstabholung während der Bürozeiten bzw. plus 3 Euro Porto bei Versand. Kontakt: office@sadoc.at) oder über den Buchhandel (ISBN 978-3-200-09698-1).